

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Verzögerung der 3. Steuerverordnung

### Meinungsverschiedenheiten im Reichskabinett. — Befragung der Länder.

Die von der Reichsregierung angekündigte dritte Steuer- notverordnung, in der das Verbot der Hypothekenaufwertung, die Mietssteuer und der Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden enthalten ist, erleidet eine erhebliche Verzögerung. Es besprechen nämlich über alle Fragen, die in dieser Verordnung geregelt werden sollen, in der Reichsregierung sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Dasselbe gilt von der beabsichtigten Neu- regung des Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden. Mit diesen Differenzen steht im Zusammenhang, daß der Reichs- finanzminister Dr. Luther gestern nach Süddeutschland ge- fahren ist, um mit den dortigen Regierungen persönlich zu verhan- deln. Infolgedessen wird die dritte Steuernotverordnung kaum vor Ende dieses Jahres das Reichskabinett passiert haben. Dem Fünf- jahreausschuß des Reichstages kann die Verordnung infolge- dessen erst nach Neujahr zugehen. Vorher ist also mit einer Neuregelung der Mietspreise nicht zu rechnen.

### Vermeidung des Staatsbankrotts!

#### Der abgelehnte Rentenmarkkredit.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat bei der Rentenbank beantragt, daß der Reichsregierung ein Zu- schußkredit über die in der Rentenbankverordnung vor- gesehene 1200 Millionen hinaus gewährt wird. Es soll sich dabei um einen vorübergehenden Kredit handeln, der keine inflationistischen Wirkungen habe, der aber notwendig sei, bis die erhöhten Einnahmen des Reiches fließen. Der Auf- sichtsrat der Rentenbank hat dieses Verlangen abgelehnt. Anscheinend wegen dieser Stellungnahme der Rentenbank wird die Reichsfinanzverwaltung vom 22. Dezember d. J. ab auf Rentenmark lautende Wechsel des Reiches abgeben, um sich auf diese Weise die ihr von der Rentenbank verwei- gerten ausreichenden Mittel zur Erfüllung der Staatsaufgaben zu schaffen.

Der Antrag, den der Reichsfinanzminister an die Renten- bank gestellt hat, kommt für die Öffentlichkeit sehr über- raschend. Erst vor kurzem hat der Reichsfinanzminister er- klärt, daß eine Erhöhung der Rentenbankkredite für das Reich nicht in Betracht kommen könne. Jetzt hat er sich trotzdem zu diesem Schritt entschlossen. Das Erstaunliche daran ist die Tatsache, daß es im jetzigen Augenblick geschehen ist. Denn soweit wir über die Finanzlage des Finanzministeriums unterrichtet sind, hat der Finanzminister die Ausgabe von Schatzanweisungen des Reiches erst im Monat Januar bis März in Aussicht genommen. Daß er sich in diesem Augen- blick zu diesem Schritt aber bereits entschließen muß, läßt erkennen, daß die Finanzlage des Reiches noch trostloser ist als allgemein angenommen wird.

Es ist daher völlig unverständlich, daß das Reich, das sich in so grenzenlosen Finanzschwierigkeiten befindet, in dem- selben Augenblick wichtige Steuerquellen zum Versteigern bringt. Wie die zweite Steuernotverordnung zeigt, deren wichtigste Bestimmungen wir an anderer Stelle wiedergeben, verzichtet das Reichsfinanzministerium ge- rade in diesem Augenblick auf die Forterhebung der extror- dinären Landabgabe. Es verzichtet also auf Einnahmen, die die Finanzschwierigkeiten des Reiches lindern können und begnügt sich damit, daß der Ersatz der Landabgabe, näm- lich die Vermögenssteuer, erst gegen Ende Februar Erträge liefert.

Genau dieselben Wirkungen hat die niedrige Festsetzung der Endzahlen für die Einkommensteuer des Jahres 1923. Anscheinend auf Grund der in unseren Spalten ge- übten Kritik ist zwar die Steuerleistung von 25 Goldpfennigen pro 1000 Mark Steuerschuld auf 40 Pfennige heraufgesetzt worden, aber selbst das ist ungenügend angesichts der völligen Leere in den Reichsfinanzen und der Gefahren, die damit für die Staatsaufgaben erwachsen.

Da es überaus zweifelhaft ist, ob dem Reich gegen Schatzanweisungen Geld gepumpt wird, so fordern wir, daß die Erhebung der Landabgabe am 1. Januar fortgesetzt wird und die Endzahlen auf die Einkommensteuer wesentlich erhöht werden. Geschicht hat nicht, so mögen sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, sowie alle sonst Ge- schädigten, wenn sie in den nächsten Wochen ihre Verpflich- tungen nicht erfüllt erhalten, beim Reichsfinanzminister Dr. Luther und den bürgerlichen Parteien, die die augenblick- lichen Steuerleistungen abgebaut haben, bedanken.

Die jetzt veröffentlichte zweite Steuernotverordnung ver- dient kein günstigeres Urteil als der Entwurf. Die Regelung für die Einkommensteuer für 1923 ist völlig unzu- länglich geblieben. Sie bedeutet für die meisten Steuerpflich- tigen eine Herabdrückung ihrer Steuerleistung unter die Be- lastung jedes Lohn- und Gehaltsempfängers. Wenn auch zu- gegeben werden muß, daß die getroffene schematische Rege- lung solche Fälle nicht ganz vermeiden kann, so sind sie doch jetzt zur Regel geworden. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer für 1924 sind in der Fassung des Entwurfs verblieben. Ob sich daraus die schwere Belastung des Be- sitzes ergibt, die von der augenblicklichen Finanzlage des Reiches gefordert wird, ist überaus fraglich und hängt von Voraussetzungen ab, über die eingehend zu sprechen wir uns vorbehalten müssen. Auch die Regelung des Lohnabzugs erfordert eine eingehende Würdigung.

Die Regelung der Vermögenssteuer ist ebenfalls völlig ungenügend. Der Tarif ist gegenüber dem bisherigen Zustand gemildert. Die Bewertung soll verschärft werden. Darüber aber wird erst später entschieden werden. Auch die Erbschaftsteuer ist gemildert worden. Ihr Ertrag wird künf- tig im Reichshaushalt eine ganz unbedeutende Rolle spielen.

Obwohl der Ermächtigungsausschuß des Reichstages die beantragte Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2½ Proz. abgelehnt hat, ist sie vom Kabinett jetzt verordnet worden. Das läßt die Absichten dieser Regierung und der hinter ihr stehenden kapitalistischen Kreise auf Ausbärdung der größeren Lasten auf die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger am allerdeutlichsten erkennen. Berücksichtigt man die Verschärfung aller Verbrauchssteuern, die in der Um- stellung auf die Goldgrundlage zu erblicken ist, und die Verschärfung der Umsatzsteuer, die in der Zeit der Geldentwer- tung nicht 2 Proz., sondern 0,02 Proz. betragen hat, so wird man erst die ungeheure Größe der Belastung erkennen, die in der Heraussetzung der Umsatzsteuer auf 2½ Proz. liegt.

Alles in allem aber kann schon heute gesagt werden: Trotz- dem durch die Steuermaßnahmen der Regierung der Verbrauch und das Arbeitseinkommen auf das denkbar schärfste Maß angepannt wird, wird wegen der ungenügenden Belastung des Besitzes nicht die Sicherheit geschaffen, daß künftig das Reich seinen Zahlungsvorgängen nachkommen kann. Die Verantwortung für alles, was sich daraus ergibt, ins- besondere aber auch die Verantwortung für die Preis- steigerungen, die durch die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Verbrauchssteuern der Anreiz geschaffen wird, tragen die bürgerlichen Parteien, mit deren Hebereinstim- mung die Regierung diese Steuerverordnung erlassen hat.

### Der Reichswehrminister in Sachsen.

#### Aufhebung des Belagerungszustandes?

Dresden, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Reichs- wehrminister Dr. Gehler hat gestern seinen angekündigten Besuch in Dresden ausgeführt. Er traf, mittags hier ein und fuhr am späten Abend wieder nach Berlin zurück. Es verlautet, daß das Ergebnis seiner Unterredung mit dem Wehrkreiskommandeur Müller, dem Militärpräsidenten Jellisch und dem Zivilkommissar Meier die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes sein wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Aufhebung bereits in der ersten Januarhälfte.

Der sächsische Justizminister hat angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Januar ab den Gerichten die Ermächtigung erteilt wird, bei Strafen bis zu sechs Monaten oder entsprechenden Geld- strafen Bewährungsfrist auszusprechen. Gleichzeitig wird die Gnadenabteilung des Justizministeriums eingekürzt werden.

### Völlige Geschäftsstille.

#### Unveränderte Kurse.

Die Börse steht wie immer in den letzten Tagen vor Weihnachten im Zeichen völliger Geschäftsstille. Die Tendenz für Effekten ist eher noch etwas schwächer als an den vorangegangenen Tagen, da der Geldmarkt sich etwas zu versteifen beginnt. Offenbar wirken hier schon die am Jahreschluss fällig werdenden großen Zahlungen und die herannahenden Steuertermine voraus. Tägliches Geld war heute mit ½-1 Proz. zu haben. In der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage ist keine Veränderung eingetreten. Man neigt zu einem gewissen Optimis- mus. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt die Börse die Be- mühungen der Reichsregierung, Geldmittel zu beschaffen. Man hält die Ausgabe von Schatzwechseln, die auf Rentenmark lauten, nicht für unbedenklich, da in weiten Kreisen der Eindruck entstehen könnte, als ob nunmehr doch eine verschleierte Inflations- politik getrieben werden soll. In dieser Beziehung erregen auch die fortgesetzten Emissionen von Goldschatzanweisungen durch die Länder, insbesondere durch Preußen, ernste Bedenken. Bisherinmähig kommen diese mit einem sehr starken Angebot von Goldanleihe zum Ausdruck. Auch gegenüber den Dollarschätzen verhielt man sich heute ziemlich reserviert. Amtlich notierte Goldanleihe 4,2 Billionen bei voller Zuteilung und Dollarschatzanweisungen 4,2 Billionen. Devisen wurden bei weitem nicht mehr in so großen Beträgen angefordert wie in der vergangenen Woche. Die amtlichen Notierungen blieben im großen und ganzen unverändert.

### Die Börse am 31. Dezember.

Am Montag, den 31. Dezember, findet, wie gewöhnlich, Boll- börse statt, da durch die neuen Steuernotverordnungen

dieser Tag als Stichtag für die Bewertung der Effekten eine weit größere Bedeutung erlangt hat als früher, wird man bestrebt sein, für möglichst viele Papiere amtliche Notierungen zu- stande zu bringen. Am Anleihemarkte wird allerdings in Unbe- tracht der völlig zusammengeschrumpften Umsätze die Festlegung amtlicher Notierungen nicht ganz einfach und vielfach sogar unmög- lich sein. Voraussichtlich ist dieses Mal nicht damit gerechnet, daß auf die Kurse an diesem Tage irgendein Druck ausgeübt wird, um niedrige Steuerkurse zu haben, da auf der anderen Seite der 31. De- zember den Ausgangspunkt für die Berechnung künftiger Goldmarkteinkommen bildet und somit auch gewisse Schichten der Steuerzahler ein Interesse an höheren Kursen haben.

## Ein Zeuge der Wahrheit.

### Friedrich Payer über den „Dolchstoß“.

„Das heutige Deutschland ist ein Opfer der Sozialdemo- kratie. Der Krieg ging durch sie verloren.“ So schreibt die „Deutsche Zeitung“ heute in ihrer Morgennummer, so kann man es alle Tage in der deutschnationalen Presse lesen.

Es gehört schon ein besonderer Mut dazu, diese Behaup- tung in dem Augenblick zu wiederholen, in dem sich das Er- innerungswort Friedrich Payers auf den Büchertischen der deutschen Zeitungsredaktionen eingefunden hat. Dieses Buch, das den Titel trägt „Von Bethmann-Hollweg bis Ebert“ und das im Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei erschienen ist, räumt in höchst sachlicher Darstellung mit der Dolchstoß- läge so gründlich auf, daß nichts an ihr übrig bleibt.

Der Verfasser ist ein Mann hoch in den Stechjahren, den sicher kein Ehrgeiz mehr treibt, die Wahrheit zu verschweigen oder zu färben. Er ist kein Sozialdemokrat, kein Pazifist, kein Revolutionär, von Haus aus auch kein Republikaner. Seinem ganzen Temperament nach wäre er eher ein Konservativer geworden, wenn er nicht ein Württemberger wäre, der aus Erfahrung wußte, daß sich das politische Leben zweckmäßig auch in anderen Bahnen abspielen kann als in denen des ver- stoffenen preussisch-deutschen Halbabsolutismus. Er ist nicht zugunsten der Sozialdemokratie besungen. Und seine persön- liche Rechtschaffenheit und Wahrheitsliebe ist in seiner ganzen politischen Laufbahn, die schon im Jahre 1877 begann, nie- mals bezweifelt worden. So sollte man ihn auch dort, wo man seine politischen Auffassungen nicht teilt, als einen unbestechlichen Zeugen der Vorgänge annehmen, die sich während des Krieges und der Revolution abgepielt haben und an denen er als Vizekanzler in dem Kabinett Hertling und Prinz Max als besonnener Ausgleicher und Vermittler teilgenom- men hat.

Ein entscheidendes Kapitel seiner Betrachtungen haben wir bereits abgedruckt. Es betrifft die überstürzte Forderung der Obersten Heeresleitung nach einem Waffenstillstand im Herbst 1918. Payer schildert das lähmende Entsetzen, das alle Parteien ergriff, als die Oberste Heeresleitung auf solche Weise den Verlust des Krieges und die Kapitulation an- kündigte. Es darf in diesem Zusammenhang von unserer Seite daran erinnert werden, daß die Sozialdemokratie zwar ständig die rechtzeitige Anbahnung eines mit der Ehre und der unver-ehrten Erhaltung des Reiches zu vereinbarenden Friedens, niemals aber das Angebot eines Waffenstillstandes verlangt hat. In jenen Tagen standen im „Vorwärts“ ein paar Worte, die später sehr oft mißbräuchlich und mißverständlich zitiert worden sind: „Wehe dem Volk, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt.“ Diese Worte waren gegen den General Ludendorff gerichtet, und in ihnen drückte sich die Sorge aus um die bitteren Folgen, die die plötzliche Unfähigkeitserklärung der Obersten Heeresleitung, den Krieg fortzuführen zu können, unvermeidlich nach sich ziehen mußte.

Die Sozialdemokratie forderte den Verständigungsfrieden — und was gäbe das deutsche Volk heute dafür, wenn es nur diesen von den Deutschnationalen mühsend bekämpften „Scheidemannfriede“ hätte —, sie forderte zu diesem Zweck eine rechtzeitige klare Freigabe Belgiens und Verzicht auf Annexionen auch im Osten. Aber um eine klare Erklärung über Belgien wurde noch drei Wochen vor der Waffenstil- standsbitte zwischen der Regierung und der Obersten Heeres- leitung gefeilt und gehandelt, und noch im Sommer 1918 begründete Wilhelm II. die Notwendigkeit der Angliederung russischer Provinzen an das Reich Payer gegenüber „in direk- ten Worten mit dynastischen Interessen“.

Ueber die Person Wilhelm II. spricht Payer mit vor- nehmer Zurückhaltung. Trotzdem läßt sich aus seiner vorsichtigen Darstellung das Bild erkennen, daß der Hofmar- schall Graf Redlich-Triltschler nach dem Leben gezeichnet hat. Der Eindruck, den der Kaiser bei der bekannten Zusammen- kunft mit den Parteiführern im Hause Helfferichs machte, war nach seinem Ausdruck „geradezu entsetzlich“. „Die Abcor- dolen der Mehrheit sahen mit Schrecken, wie sehr dem Kaiser jeder richtige Einblick in die Verhältnisse fehlte.“

Durch die Gewährung der Autonomie sollte Maß- Bobringen ans Reich gefesselt, durch Annäherung an das parlamentarische Regime die Gefahr des persönlichen Regi- ments verhindert, durch Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Staat und Volk gefördert werden. Payer schildert ausführ- lich, welchen Widerstand diese im besten Sinne des Wortes nationalen Bestrebungen gerade bei den Kon- servativen fanden, die sich heute die Deutschnationalen nennen. Die Erhaltung ihrer Privilegien war ihnen stets wichtiger als ein glücklicher Ausgang des Krieges.

Eine ausführliche Darstellung ist der Geschichte des Zu- sammenbruchs gewidmet, die ja Payer als Vizekanzler mit- erlebt hat. Aus ihr geht zum Greifen deutlich hervor, daß der Zusammenbruch nichts anderes war als eine Folge der Fehler des alten Systems, und wenn sich Payer heute zur Republik bekennt, so ist er von der Monarchie zu ihr bekehrt worden. — Ueber die Ereignisse des 9. November schreibt Payer u. a. das folgende:

Der ganze Hergang in seiner unerhörten Selbstverständlichkeit ist ja nur dadurch zu erklären, daß sämtliche Befehle außer dem Großen Hauptquartier sich darüber vollständig klar geworden waren, daß der Zusammenbruch der Monarchie und der Übergang der Macht auf die Massen um die Mittagsstunde des 9. November bereits vollzogene Tatsachen waren, und daß es sich jetzt um nichts anderes mehr handeln konnte, als darum, die staatsrechtlich-formale

Bestätigung dieser Tatsache in möglichst einfacher Form zu vollziehen. Das Bewußtsein des Unabänderlichen dieser Vorgänge erklärt es ja meines Dafürhaltens auch allein, daß, obwohl jedermann in Berlin wußte, daß jetzt die Revolution einsetze, von den Zehntausenden bis in die Knochen königstreuer Herren vom Hof, von der Beamtenkastei und aus den Reihen der Offiziere und der sogenannten Gesellschaft, so viel mir bekannt, niemand auch nur den leisesten Versuch machte, sich persönlich für den Kaiser oder die Monarchie einzusetzen; jeder wußte, daß das ein rein sinnloses und darum freches Unterfangen gewesen wäre, das nur zu nutzlosem Blutvergießen und zur Förderung der unter der Oberfläche gärenden kommunistischen und bolschewistischen Bestrebungen geführt hätte. Für das deutsche Volk war es ein großes Glück, daß die Sozialdemokratie die Macht und den Willen hatte, den Bürgerkrieg zu verhindern, denn ob Deutschland zu allem andern hin auch noch diesen ertragen hätte, mag wohl bezweifelt werden. Man darf das um so höher anschlagen, als die Sozialdemokraten sich damals ganz klar darüber waren, daß diejenigen Gegner, die sie mit Vorbedacht schonen, ihnen das später nicht danken werden, so sicher als sie wußten, daß die Rechts- wie die Linksradikalen ihre Gegner, wenn sie die Macht gehabt hätten, ihrerseits nicht so schonen hätten.

Die ganze Schamlosigkeit des Beschlusses über die sozialdemokratischen „Novemberverbrecher“ kann nicht schärfer gebrandmarkt werden als durch diese schlicht-einfache Darstellung der Tatsachen.

Genau so wenig aber, wie die Deutschnationalen im entscheidenden Augenblick auch nur den allergeringsten Versuch machten, die Monarchie zu retten, genau so wenig haben sie etwas Ernstliches unternommen, die Unterzeichnung des Friedens von Versailles zu verhindern. Als sich herausgestellt hatte, daß die Entente auf der Unterzeichnung des ganzen Dokuments einschließlich der „Ehrenpunkte“ — Schuldfrage und Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ — bestand, hatten die Deutschnationalen es in der Hand, die Sache noch einmal vor die Nationalversammlung zu bringen und eine Entscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen. Sie verzichteten wohlweislich darauf, getreu ihrer Loyalität, die Verantwortlichen zu beschimpfen, selber aber vor jeder Verantwortung zurückzutreten. Hinterher ging dann das Geschrei über Scheidemanns „verdorrtter Hand“ los, obwohl Scheidemann — konsequenter als die Deutschnationalen — lieber zurückgetreten war, als daß er unterzeichnete.

Bayers Buch muß denen die Augen öffnen, die die Wahrheit sehen wollen. Trotzdem geben wir uns über seine politische Wirkung keineswegs übertriebenen Hoffnungen hin. Denn gegen sie steht die konzentrierte Macht derer, die an der Verwirklichung der Wahrheit interessiert sind, weil ihre ganze politische Existenz eben auf der Lüge beruht.

## Zwei Urteile.

### Eine Anfrage an den preussischen Justizminister.

Von der Strafkammer des Landgerichts Eberfeld, vor der die Klage des preussischen Innenministers Severing gegen den verantwortlichen Redakteur der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ verhandelt wurde, erfolgte der Freispruch des angeklagten Redakteurs mit der Begründung, daß ihm der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zuzubilligen sei.

Das Amtsgericht Werder a. d. H., vor dem die Klage des Herrn v. Kachne gegen drei Berliner Redakteure zur Verhandlung stand, verurteilte die Jubilation des § 193.

Weller kann das Durcheinander und die Unsicherheit in der preussischen Rechtsprechung nicht beleuchtet werden als durch die Gegenüberstellung dieser beiden sich diametral widersprechenden Urteile. Wenn bei den jährlichen Etatsdebatten im Landtage der Redner der Sozialdemokratischen Fraktion zahlreiche Fälle vorbringt, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes widersprechen, und die von jedem ehrlich Empfindenden als Tendenzurteile bezeichnet werden müssen, dann pflegt der jeweilige Justizminister mit Entrüstung den Vorwurf der Klassenjustiz für die preussischen Richter zurückzuweisen. Im vorliegenden Falle wird aber keine Interpretie-

rungskunst feignen können, daß in standalöser Weise Jubilation des bekannten § 193 ganz verschieden gehandhabt wird. Wir sind stets dafür eingetreten, daß den Redakteuren in Ausübung ihrer beruflichen Pflicht der § 193 zu ihrem Schutze zugewilligt wird. Da- mit braucht durchaus keine Schimpf- und Beleidigungsfreiheit verbunden sein. Die Artikel der „Bergisch-Märkischen Zeitung“ gegen Minister Severing gehören aber zweifellos in die Reihe planmäßiger Nordhege gegen unlesbare Politiker, die in rechtsradikalen Kreisen mit Erfolg seit Jahren angewandt wird. Es liegt sicherlich nicht an den deutschpöhlischen Kreisen, daß diese Hege gegen Severing keinen Erfolg gehabt hat. Wenn in einem solchen Falle, in dem die Ueberschreitung der Grenzen, die jede Zeitung sich selbst stellen sollte, unzweifelhaft vorliegt, trotzdem der Schutz des § 193 anerkannt wird, dann ist es um so aufreuzender, wenn in der anderen Entscheidung gegen Kachne, den Sprößling der robusten und schiefhalsigen Junkerfamilie, der Schutz dieses Paragraphen Redakteuren nicht zuerkannt wird. Es ließe sich mit Leichtigkeit nachweisen, daß preussische Gerichte in merkwürdiger Uebereinstimmung fast immer, wenn es sich um Redakteure republikanischer Zeitungen handelt, den Schutz des § 193 nicht anerkennen wollen. Diese unerträgliche und aufreizende Unterschiedlichkeit der Rechtsprechung muß endlich einmal fallen.

Wir richten an den preussischen Justizminister, Herrn Dr. Am Jahnhoff, ausdrücklich die Frage: Willigt er es, daß diejenigen Verurten, die durch das Vertrauen des Volkes als Minister an die verantwortlichsten und exponiertesten Stellen berufen worden sind, schuldig jeder Ehrenkränkung ausgehört werden dürfen, und daß der § 193 regelmäßig dann seine schützende Kraft verliert, wenn es sich um Personen republikanischer Gesinnung handelt, während er allemal dann in Kraft tritt, wenn es gilt, die Feinde der gegenwärtigen Staatsform zu schützen? Wir erwarten, daß der preussische Justizminister als der berufene Hüter des Rechtsbewußtseins schleunigt und in möglichst eindeutiger Weise seine Meinung über die hier bezeichneten Vorfälle der Doppelmoral gegenüber Ausdruck gibt.

### Ein Gnadengeich des Genossen Dr. Radbruch.

Das Berliner Schwurgericht I hat vor einigen Tagen zwei junge Leute, Jahnke und Goldbach, ehemalige Fürsorgezöglinge, wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die Verurteilten waren von dem Polizeiwachmeister Steiner bei der Verunreinigung eines Haussturs betroffen worden. Es entstand ein Wortwechsel. In dessen Verlauf griff Goldbach zur Waffe und erschloß den Polizeiwachmeister.

Dieses Schwurgerichtsurteil wurde von der Öffentlichkeit als ein Fehlurteil angesehen. Genosse Dr. Radbruch hat deshalb im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Brief an den preussischen Justizminister Am Jahnhoff gerichtet, in dem er unter Berufung auf seine in Gnadenachen oft bewährte Menschlichkeit bittet, noch vor dem Weihnachstfest den Verurteilten mitteilen zu lassen, daß die gegen sie erkannte Todesstrafe keinesfalls vollstreckt, vielmehr im Gnadenwege umzuwandeln wäre. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Die es gelungen konnte, daß die Staatsanwaltschaft Schuldigsprechung wegen Mordes und Verurteilung zum Tode beantragen konnte, bleibt nach dem Pressebericht unbegreiflich; ebenso unbegreiflich, warum der Gerichtshof von der Möglichkeit der Berichtigung des Wahrspruches der Geschworenen (§ 317 StPO.) nicht — wie am gleichen Tage ein anderer Berliner Gerichtshof — Gebrauch gemacht hat.“

Ob die eingeleitete Revision Erfolg haben wird, ist bei der regelmäßigen Unangreifbarkeit des Wahrspruches der Geschworenen zweifelhaft. In jedem Falle werden Wochen vergehen, bis das Revisionsgericht entscheidet. — Wochen mit Todesangst für die Verurteilten!

Dahne die Schwere der Tat des Goldbach zu verkennen und ohne das Opfer gering zu achten, das sie gefordert hat, halte ich für den Fall, daß wider Erwarten das Urteil rechtsmäßig werden sollte, eine Begnadigung mit Rücksicht auf die Umstände der Tat und auf die Jugend der Verurteilten für unabweisbar geboten.“

Wir begrüßen diesen Schritt des Genossen Radbruch und hoffen, daß der preussische Justizminister der ausgesprochenen Bitte Folge leisten wird.

## Bayern vor der Landtagsauflösung.

München, 20. Dezember. (Eco.) Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei hat nunmehr im Landtage nachstehenden Antrag eingebracht: „Der Bayerische Landtag beschließt hiermit nach § 31 der Verfassungsurkunde seine Auflösung“. Ein weiterer Antrag derselben Fraktion will die Regierung ermächtigen, im Falle der Unmöglichkeit einer Durchführung der Neuwahlen in besetzten Gebieten Bayerns anzuordnen, daß das Ergebnis der im Jahre 1920 vorgenommenen Wahlen der Vertretung dieser Landestelle im Bayerischen Landtag solange zugrunde gelegt wird, bis die Durchführung einer Neuwahl in diesen Gebieten möglich wird. Von den Sozialdemokraten und Demokraten werden voraussichtlich Anträge eingebracht werden, die zur Sicherung der Wahlfreiheit die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern bezwecken.

## Die Lebensmittelversorgung.

### Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft trafen am Dienstag, wie amtlich gemeldet wird, unter dem Vorsitz des Reichsministers Grafen König die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister zu einer Beratung zusammen. Der Minister gab einen Überblick über die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten, die zunächst zu ganz besonders schwierigen Verhältnissen und dann zu einer Entspannung geführt hat. Die jetzt eingetretene Entspannung dürfe aber nicht dazu führen, den Umständen zu vergessen, daß die Ernährung der Bevölkerung nur durch Zuschüsse aus dem Auslande sichergestellt werden könne, die bei der Finanzlage des Reiches nur auf dem Wege des Kredites beschafft werden können. Sie dürfe weiter nicht dazu führen, die Grundlage unserer Ernährung, die Erzeugung aus heimischer Scholle, zu vernachlässigen. Es müsse alles getan werden, um die Produktion zu erhalten und zu erhöhen. Dazu gehöre auch, daß die eingetretene Preislenkung in stärkerem Maße bei den Industrieerzeugnissen Platz griffe, weil sonst die Landwirtschaft in eine unerträgliche und für die Allgemeinheit schädliche Situation komme.

Die Verhandlungen der Konferenz betrafen zunächst die allgemeine Ernährungslage, die Preisgestaltung und Preiskontrolle im Lebensmittelhandel sowie die Lage der Brotversorgung. Hinsichtlich der Brotversorgung wurde in dem einleitenden Referat dargelegt, welche Menge die Reichsgetreidestelle in den letzten Monaten abgegeben hat. Die Mengen waren beträchtlich und gingen teilweise über die Anforderungen während der Marktbrotversorgung hinaus. Gegenwärtig verfügt die Reichsgetreidestelle über einen Bestand, der für längere Zeit eine Befriedigung ausschließt. In der eingehenden Ausprache wurde von verschiedenen Seiten unterstrichen, daß zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieerzeugnisse ein ungesundes Verhältnis bestehe, das ausgeglichen werden müsse. Deswegen wurde gefordert, daß die Preiskontrolle fortgeführt würde, um einem neuen Anziehen der Preise entgegenzuwirken. Der Vertreter Bayerns machte Mitteilung, daß die Ausführbeschränkungen Bayerns in den nächsten Tagen beseitigt werden würden.

Im weiteren Verlauf wurde die Fett- und Milchversorgung und der Viehstand behandelt. Die Lösung der für die Milchversorgung bestehenden Schwierigkeiten wird nach Auffassung der Konferenz nicht durch Verschärfung reichsgesetzlicher Bestimmungen herbeigeführt werden können, vielmehr muß durch angemessene Festsetzung von Milchzuckerpreisen die Hebung der Milchproduktion auf die Friedenshöhe angestrebt werden. Hingegen sei auf eine Verminderung der Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreisen für Milch und Butter hinzuwirken, die vorwiegend den Landesregierungen und örtlichen Behörden zufällt. Hinsichtlich der Fett- und Margarineversorgung ist zurzeit eine Entspannung eingetreten. Bei der Abhängigkeit der Fettversorgung Deutschlands vom Auslande sei zur Sicherstellung der Versorgung die Inanspruchnahme ausländischer Kredite unbedingt notwendig.

Ein Referat über die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln bildete den Schluß der Verhandlungen.

Die Reichsminister haben angefaßt der Kofflage des Reiches einstimmig beschloffen, für die Wintermonate überhaupt auf jeden Dienstaufwandentschädigung zu verzichten.

## Das Tagebuch von Wrangel Island.

### Neues von einer Polartragödie.

Das tragische Schicksal der vier englischen Polarforscher, die seit dem Sommer 1921 auf der Wrangelinsel geblieben waren und deren Tod von der Hilfsexpedition im Sommer dieses Jahres festgestellt wurde, ist bereits in großen Umrissen geschildert worden, und die Erzählung der einzigen Überlebenden, der Estimofrau Uba Wadjaq, gehört zu den erschütterndsten Schilderungen aus der Welt des ewigen Eises. Ein nicht minder ergreifendes Zeugnis wird nunmehr durch den Leiter der Hilfsexpedition Harold Race im „Manchester Guardian“ mitgeteilt. Es ist das Tagebuch des einzigen Überlebenden unter den Reisenden Vorne Knight, der tot in dem Eise aufgefunden wurde, während die drei anderen bei dem Versuch, über die Eisfelder nach Sibirien zu gelangen, zugrunde gegangen sind. Aus den Eintragungen Knights ergibt sich die Vertrauensseligkeit dieser Männer, die das Ungenügende ihrer Ausrüstung nicht erkannten und lange Zeit nichts von den furchtbaren Gefahren ahnten, die sie umgaben. Sie hofften sich durch Jagd genügend frisches Fleisch verschaffen zu können, um in aller Ruhe das Eintreffen der Expedition zu erwarten, die sie entsetzen sollte.

Fröhliche bunte Bilder von dem Leben im Lager, von der Tierwelt auf der Insel, von den Begegnungen mit Polarbären und Walrossen eröffnen das Tagebuch, und erst ganz allmählich beginnt in ihnen eine Ahnung von dem furchtbaren Schicksal aufzudämmern, das ihnen bevorstand. Weihnachten 1921 wird in größter Heiterkeit gefeiert. Sie treffen alle Vorbereitungen für ein gutes Festmahl, und Knight schreibt am „Weihnachtsfesttag“: „Bertrachten den Tag mit nichts anderem als Essen, obwohl wir gar nicht hungrig waren, hatten Kuchen, Brot und Butter, Kaffee, und beschlossen den Abend mit Rauchen und Pokerspielen.“ Aber bereits im neuen Jahr 1922 lernten sie die Schrecken der Polarwelt kennen. Schneestürme zwangen sie, in ihren Zelten zu bleiben, und erst als die ganze Insel im Mal unter dem wärmenden Einfluß des arktischen Frühling wieder von reichem Tierleben erfüllt wurde, ging es ihnen besser. Aber die Jagden nach Walrossen und Robben, die ihnen das für die Ueberwinterung notwendige frische Fleisch bringen sollten, hatten nur geringen Erfolg. Wäre es ihnen geglückt, 6 Walrosse zu erlegen, so hätten sich die fünf, die 4 Männer und die Estimofrau, die ihnen „die Wirtin“ führte, den Winter über gesund und frei von Störbitt erhalten können. Aber da sie kein Fellboot besaßen, das für die Walrossjagden unerlässlich ist, da ihnen Walrossharpunen fehlten, so erbeuteten sie nichts. „Fünf Walrosse haben wir heute an der Bucht entlassen“, schreibt Knight, „aber wir tanzten nichts um.“ Sie schossen schließlich ein oder zwei Walrosse, aber der Sarcot an Fleisch genügt nicht, und so brach denn ein furchtbarer Winter herein, in dem sie auf Entsehung keine Hoffnung haben konnten. Zwei der Männer, Crawford und Knight, unternahmen am 7. Januar 1923 einen Vorstoß nach dem Festland über die Eisfelder, aber da sie nur halberhungerte Hunde hatten und Knight bereits am Storbitt litt, mußte das Unternehmen scheitern. „Wir hatten nur 5 Hunde, einen schlechten Schlitten und wenig Proviant“, berichtet das Tagebuch. „Das Eis ist so schlecht, daß wir nicht vor-

wärts kommen. Ich bin schon ganz verzweifelt, obwohl ich es hasse, das zuzugeben.“

Mit erfrorenen Fingern und Zehen kehrten die beiden zurück; Knight fühlte sich immer schlechter. Nun versuchten Crawford, Maurer und Galle zum zweitenmal, Sibirien zu erreichen. Knight und die Estimofrau mußten zurückbleiben. „Die Frau und ich haben etwa 6 Zwiebäcke jeder den Tag, bis die Vögel und Robben zurückkehren. Außerdem habe ich noch darauf, ein paar Fische zu jagen oder vielleicht einen Bären.“ „Nun sind sie fort“, lautete die Eintragung am 23. Januar. „Ein klarer, schöner Tag, wärmer als gewöhnlich und für sie günstig. Sie gingen nach Süden, als wir sie zuletzt sahen, und waren bald außer Sicht.“ Aufopfernd gepflegt von der Estimofrau, aber immer schwächer und tränkter, verbringt Knight die letzten Wochen fast hilflos in seinem Schlafsaal im Fest. „Wenn nur ein Bär in das Lager käme!“ schreibt er. „Das Fleisch würde für uns beide — die Kasse nicht gerechnet — lange Zeit reichen. Komm doch, Bär! Ach, du Bär! Alles, was ich mir wünsche, ist etwas Fleisch.“ „Ergriffen sind die letzten Eintragungen, drei Monate vor seinem Tode, am 22. Juni 1923. „Ich versuchte heute morgen zu pfeifen. Nicht, daß mir danach zumute war, weiß Gott! Aber der Mut ist das einzige, was mich noch aufrecht erhält, denn ich bin schwach wie eine Katze. Die Frau erzählt mir, daß wieder Farbe in meine Lippen kommt, die ganz blutlos waren.“

## Märchen in der Volksbühne.

Ja, das darf sich sehen lassen, dieses „Tapfere Schneiderlein“, nach den Brüdern Grimm von Heinrich Kömer in eine liebe und entsprechende dramatische Form gebracht. Das ist noch so ein Märchen, wie es im Buch steht, voll süßelndem Wind und brüllendem Sturm, voll allem Aufbruch der Elemente und voll aller Beherztheit menschlicher Seelen den grauslichen Geschöpfen, Riesen und Hezen zum Trotz und voll Vertrauen mit dem freudlich sprechenden Götter. Was ist dieser Paul Händels, der das Schneiderlein gibt, für ein forschers, munteres Kerlchen, der alles in wirkliches, wahrhaftiges Leben verleiht und über- und unterschmeißt und dennoch die Königstochter — Itha Grodzynska, was für eine schnippische, zerliche goldige Märchenprinzessin — zur Frau kriegt. Schen wie das anhebt im Dachgeschloß, wo das Schneiderlein schnippt und sädelt und sich über die Hausfrau ärgert und über die Hezen, und leben auf einen Schlag erledigt und nun hinausgeht mit dem Motto: „Sieben auf einen Schlag.“ Schreden an sich verbreitend. Hiß, Himmel, wie er weiter die Riesen foppt und in die Flucht schlägt und wie er die drei Rüssel der lieblichen Königstochter spielend löst und wie er in graulichem Waid den Schreden der Nacht begegnet und die Heze in den Backstein schießt und schließlich das widerpenstige Mägdlein zum Tanze und zum Gerhaben gewinnt. Und es ist es sich darum handelt, daß das Königstochterlein auch ein Kronlein kriegt, das das Schneiderlein besagter Heze vor dem Verbranntwerden abspießt, das aber von dem fetten Goldprinzen John gestohlen worden war, ruft im allgemeinen Schreden über dieses Geschöhen nicht ein feines Stimmchen eifrig vom dritten Ring: „Der andere hat es geklaut, er hat es im Rod!“ ...

Ja, das war kein kleines tapfere Schneiderlein, und es wurden so gute Bilder aus dem Märchenland gezeigt, daß alle Kinder laufen wollten, es sich in der Volksbühne am Bülowplatz anzusehen; auch einige große Leute werden Spaß daran haben, die Welt, wie sie ist, auf zwei Stunden zu vergessen und wie sie sein könnte, lachhaft zu genießen. R—di.

Deutschlands Greise. Eine Aufstellung über die hohen Lebensalter in Deutschland aus dem „Statistischen Jahrbuch für 1923“ berlag für Politik und Wissenschaft, Berlin) zeigt, daß die Zahl derjenigen, die in Deutschland weit über die vom Palmisten bemessene Lebensgrenze hinaus gehen, erheblicher ist, als man im allgemeinen annimmt. Es starben im Jahre 1921 im Alter von 70 bis 75 Jahren in Deutschland 32 529 Männer und 39 188 Frauen, zwischen 75 und 80 Jahren 28 034 Männer, 35 920 Frauen, zwischen 80 und 90 Jahren 23 992 Männer und 33 207 Frauen, zwischen 90 und 100 Jahren 1505 Männer und 2279 Frauen. Die Zahl der Greise, die zwischen dem 100. und 105. Lebensjahre den Pfingstniederkrieg niederlegten, belief sich auf 13 (darunter 3 Junggehehen, 3 Verheiratete und 7 Witwen), die Zahl der gleichaltrigen Frauen auf 33 (3 Ledige, 4 Verheiratete, 25 Witwen). Während aber kein einziger Mann — soweit bekannt geworden — das 105. Lebensjahr überlebte, brochten es immerhin noch 3 Frauen — eine „Jungfrau“, eine Witwe und eine noch glücklich Verheiratete — auf noch höhere Zahlen an Lebensjahren. Woraus sich ergibt, daß „das schwache Geschlecht“ den heimtückischen Mäthen Freund Kapperheims sehr viel energischeren Widerstand entgegenzusetzen weiß als das starke.

Das Ende der Mühle von Montmartre. Die Mühlen auf dem Pariser Montmartre sind weltbekannt geworden, da sie das äußere Zeichen berühmter Vergnügungsorte, der „Moulin Rouge“ und „Moulin de la Galette“, wurden. Während die „Rote Mühle“ längst dem Ausbehnungsbedürfnis der mehreren Zeit hat weichen müssen, steht die Windmühle von La Galette noch heute auf dem Mäntnerberge als ein geschichtliches Wahrzeichen von Paris, das jedem Besucher bekannt ist. Nun wird aber auch dieses letzte Stück aus der Geschichte des alten Montmartre verschwinden. Das Tanzlokal von Moulin de la Galette soll vergrößert werden, und deshalb muß die Windmühle dem Untergang geweiht werden. Sie hat in der Geschichte von Paris öfters eine Rolle gespielt. So verteidigte sich z. B. 1814 ihr Besitzer, der Müller Delran, mit der Mänter in der Hand, gegen die Eroberer von Paris. Fast 100 Jahre später schenkte sein Nachkommen die Windmühle der Stadt Paris, und bereits vor dem Kriege sollte die Mühle abgetragen und nach dem Waj Jean Baptiste-Clement gebracht werden. Die Stadt Paris beabsichtigt nunmehr, die Mühle zu erhalten und an einer anderen Stelle wieder aufzubauen.

Die Ortsgruppe Berlin des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller hat bei ihrer Sitzung vom 17. Dez. folgende Resolution gefaßt: Der Schutzverband deutscher Schriftsteller protestiert energisch gegen die Vergehung der Pressefreiheit durch den Ausnahmestand.

Einführung des metrischen Systems in Lettland. Vom 1. Januar 1924 ab gelangt, wie der D. A. G. meldet, in Lettland für alle Maße und Gewichte das metrische System zur Anwendung.

## Die zweite Steuernotverordnung.

Die zweite Steuernotverordnung der Reichsregierung wird wahrscheinlich heute veröffentlicht werden. Sie enthält zunächst die Bestimmungen für die für 1923 zu zahlenden Einkommensteuern, für die bis zum 1. Januar 1924 eine Vorauszahlung in Höhe von 40 Goldmarken für 1000 M. der Steueranforderung für 1922 zu leisten sind. Für Abschlässe, die vor dem 30. Juni 1923 liegen, zum Beispiel bei der Landwirtschaft, gilt der Satz von 1,60 für 1000 M. An Körperschaftsteuer leisten die Aktiengesellschaften für 1923 Abschlagszahlungen in Höhe von 60 Pfennig für 1000 M., und zwar wird für Aktiengesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr 1922 zusammenfällt, das Bilanzjahr für das Geschäftsjahr 1922 zugrunde gelegt, für andere Gesellschaften das Einkommen des Geschäftsjahres 1921/22.

Für das Geschäftsjahr 1924 wird für die Einkommensteuer folgende Regelung bezüglich der Vorauszahlung getroffen. Die Veranlagung wird nach den verschiedenen Erwerbsebenen getrennt, und zwar zählt die Landwirtschaft im Februar, Mai, August und November der je eine Mark für 1000 M. Vermögenssteuer. Die Gewerbetreibenden, bei denen der Vermögensnachschub nicht anwendbar ist, bezahlen im Wirtschaftsjahr 2 Proz. ihres Bruttoumsatzes nach Abzug der Löhne und Gehälter. Weitere Abzüge können nach Lage der Dinge eintreten. Für alle Steuerpflichtigen gilt die Maßgabe, daß, wenn das Einkommen eines Wirtschaftsjahres den Betrag von 2000 M. übersteigt, der Grundsteuerfuß von 10 Proz. sich für den überschreitenden Betrag auf 20 Proz. erhöht.

### Der 10prozentige Lohnabzug bleibt bestehen.

Die Ermäßigung beträgt wesentlich für den Steuerpflichtigen 12 Mark. Für die Ehefrau und jedes Kind wird weiterhin 1 Proz. des Gesamteinkommens abgesetzt. Bei einem Einkommen von über 2000 M. vierteljährlich muß der Steuerpflichtige eine Vorauszahlung unter Abrechnung der Abzüge ausstellen.

Bei Kapitaleinkommen wird von den Dividenden, die ab 1. Januar 1924 fällig werden, 10 Proz. beim Schuldner abgezogen. Weiterhin wird die Möglichkeit geschaffen, die Veranlagung des Einkommens nach dem Verbrauch festzusetzen. Dies geschieht zu dem Zweck, um solche Steuerzahler, die angeblich von der Substanz leben, zur Einkommensteuer heranzuziehen zu können. Die Erwerbseinkommen zahlen mindestens 6 vom Tausend ihres Vermögens im Voraus. Bei der

### Vermögenssteuer

mird im allgemeinen der Vermögensvergleich zugrunde gelegt, der bis zum 31. Dezember 1923 eine neue Veranlagung für 1924 vorliegt. Jedoch treten verschiedene Veränderungen ein. Bei der Wertberechnung soll in der Revidierung der letzten Wert der Vermögensstände zugrunde gelegt werden. Grundstücke werden nach dem Mehrbeitragswert berechnet. Anfang Januar ist eine Verordnung zu erwarten, die die näheren Modalitäten für Zu- und Abgänge zu dieser Veranlagung vorweist. Bei Betriebsvermögen wird die Steuer von 1923 zugrunde gelegt. Für das Anwesenheitsvermögen wird der Satz von Ende 1913 zugrunde gelegt. Erwerbsgesellschaften sollen ihre steuerbaren Vermögens nach den Steuerkurven ermitteln. Als Stichtag wird der 31. Dezember angelegt. Jedoch gilt dies nur grundsätzlich. Es ist auch möglich, daß ein Tag zwischen dem 16. November und 31. Dezember als Stichtag für die Steuerkurve festgelegt werden kann, um zu verhindern, daß am Stichtag eine künstliche Senkung der Kurse vorgenommen wird, um dadurch den Steuerwert zu vermindern.

### Die Erbschaftsteuer

wird grundsätzlich auf Goldmark umgestellt. Hierbei wird der Steuerfuß für Gruppe I von 3½ bis 17 Proz. auf 2 bis 10 Proz. herabgesetzt. Die bisherige höhere Abfindung bei eigenen höheren Vermögen fällt fort.

Die Umsatzsteuer wird auf 2½ Proz. erhöht. Für 1925 erfolgt eine Neuregelung.

Bei den Kapitalverkehrssteuern erhält der Reichsfinanzminister die Befugnis, die Börsenumsatzsteuer und die Wertpapiersteuer umzustellen. Sofort wird die Gesellschafts- und die Wechselsteuer auf Goldmark umgestellt. Die Zulassungssteuer ermäßigt sich von 7½ auf 4 Proz. Bis zum 15. Januar 1924 wird eine Verordnung wegen der Börsenumsatzsteuer eingeführt werden, deren Sätze noch nicht feststehen und die durch den Reichsrat beschlossen werden. Die Versicherungssteuer wird künftig nach den Prämien zum Satz von 4 Proz. veranlagt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird auf das anderthalbfache der jetzigen Sätze festgesetzt. Für Personalarbeitnehmer wird das dreifache festgelegt. Bei Steuererwerb werden künftig 5 Proz. Zinsen in Anrechnung gebracht, jedoch nach der Maßgabe, daß für das erste Vierteljahr, dessen Einkommen für die Bilanzierung des Reichsteils von besonderer Wichtigkeit ist, als Zuschlag für einen hohen Monat des Rücklaufes, bei Anrechnung einer Schonfrist von einer Woche, 5 Proz. Verzugszinsen erhoben werden, um die Beitreibung der Steuern am Zahlungstage zu gewährleisten.

Ab 1. Januar 1924

### sollen die Landabgaben und die Betriebssteuern fort.

Die am 30. Dezember 1923 noch fälligen Raten werden nicht mehr erhoben. Von den zu der Vermögenssteuer Veranlagten werden diejenigen, die zum 29. Februar 1924 noch keine neue Veranlagung eingereicht haben, mit dem dreifachen der letzten Veranlagung herangezogen.

Der Ertrag der Reichsteuern wird nach Abschluß dieser Reform für das erste Vierteljahr auf mindestens eine halbe Milliarde Goldmark zu beziffern sein. Hierzu treten noch die in der ersten Notverordnung geplanten Steuern, hauptsächlich die Zölle, so daß damit zu rechnen ist, daß bei vollem Aufkommen der Steuern und bei planmäßiger Reduzierung der Reichsausgaben nach Abschluß des Vierteljahres ein Ausgleich im Reichshaushalt durchgeführt werden kann. Man rechnet allein, daß die Einkommen- und Lohnsteuer etwa eine Milliarde jährlich erbringen kann. Die noch geplanten Steuern, die in der dritten Steuernotverordnung formuliert werden sollen, sind hierin nicht einbezogen, ebenso nicht das Einkommen aus dem besetzten Gebiete, das gegenwärtig nicht abzuschätzen ist. Wie hoch demgegenüber der Staatsbedarf im nächsten Vierteljahr sein wird, steht noch nicht fest.

## Bradbury bei Baldwin.

London, 19. Dezember. (U.) Sir John Bradbury traf heute früh von seinem Besuch bei Ramsay MacDonald in Nordholland wieder in London ein und hatte kurz darauf eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Baldwin. Es ist Bradbury gelungen, sich des Dienstes einer Anzahl prominenter Finanzleute als Sachverständiger in den Untersuchungskommissionen der Reparationskommission zu verschern; er legte ihre Namen heute dem Ministerpräsidenten zur Billigung vor. Bradbury wird diese von der englischen Regierung als geeignet erkannten Persönlichkeiten sofort dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou, namhaft machen, der sie sodann formell einladen wird.

Forderungen der nationalen Minderheiten in Polen. Die Schriftführer der nationalen Minderheiten werden, wie Ost-Großpolen meldet, am Sonnabend eine Konferenz abhalten, um ihre gemeinsamen Forderungen zu formulieren. Diese bestehen in folgenden Punkten: Billige Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten, Aufhebung der ihre sozialen Organisationen und Schulen betreffenden Gesetze, Schaffung eines Unterstaatssekretariats für die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten beim Ministerpräsidenten.

## Von der Fremdenpolizei.

Wie für gewisse Verwaltungsorgane der deutschen Republik sich bemühen, unserem schwer leidenden Land die bitter nötigen Sympathien im Ausland zu erwerben und zu erhalten, das mögen einige neue Blüten von dem unerhöflich tragenden Baum fremdenpolizeilicher Erkenntnislosigkeit zeigen:

1. Ein urdeutscher Monteur, der seit Jahrzehnten seinen Wohnsitz in Preußen hat, jetzt aber tschechoslowakischer Staatsbürger ist, wird von seiner Firma auf Montage nach Polnisch-Ober-Schlesien geschickt. Er hat seinen richtigen Posh mit Hin- und Zurückkommen. Bei der Rückkehr wird er, der seit Jahrzehnten unangefochten in Deutschland lebt, nach seiner — Aufenthaltsbewilligung gefragt. Da er als Inhaber eines ständigen Wohnsitzes in Deutschland sich niemals um ein derartiges Papier gekümmert hat (wer weiß, ob man es ihm gegeben hätte!), besitzt er es nicht und wird nun, trotz seinem gültigen Posh, nur unter Vorbehalt der Strafverfolgung nach Deutschland zurückgelassen. Das Amtsgericht Beuthen hat denn auch den Mann wegen „unerlaubter Grenzüberschreitung“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt!

2. Im Ruhrgebiet starb vor kurzem ein Bergarbeiter, der seit Jahrzehnten dort gelebt hat, aber deutschösterreichischer Staatsbürger war. Kurz nach seinem Tode erhält die Witwe ein Schreiben der Polizei, da ihr Mann gestorben sei, werde sie aufgefordert, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen!

3. Eine in Berlin geborene Preußin verheiratet sich mit einem Deutschösterreicher, dessen Familie schon seit Jahrzehnten in Berlin wohnt. Das Ehepaar reist nach Deutschösterreich. Die junge Frau ist nun Ausländerin, sie geht also mit ihrem deutschösterreichischen Posh auf die Polizei, um das Ausreisewort zu erlangen. „Da Sie Ausländerin sind, müssen Sie sich zunächst als Ausländerin anmelden.“ Bitte, sagt die Dame, hier ist mein Posh, ich melde mich an. „Ich kann Ihre Anmeldung nicht entgegennehmen,“ erwidert der Polizeibeamte, gewiß streng vorschristsmäßig, „denn Sie haben keine Einreiseerlaubnis nach Deutschland!“

Auch dieser letzte Streich ist durchaus ernst zu nehmen; es ist ja noch nicht Silvester!

## Der falsche Prinz Ysenburg.

### Seine „Beziehungen“ zu Bayern und zu den Bäckern.

Auf einen mit größter Frechheit durchgeführten Schwindel sind wieder einmal eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, besonders Hotelbesitzer und deren Angestellte, hineingefallen, die sich von dem „Glanz“ einer angeblichen prinzipalen „Durchlaucht“ oder „Hoheit“ nur allzu schnell blenden lassen. Der Schwindler, der auch in Berlin eine Hofrolle als Schwindbetreiber gegeben hat und hier wie in anderen deutschen Großstädten auf großem Fuße lebte, ist jetzt in Koburg hinter Schloß und Riegel gebracht worden.

In vielen Städten im ganzen Reich trat eine Zeitlang ein Mann auf, der sich Baron von Oby oder Baron von Braunstein nannte. Er ließ aber durchblicken, daß er in Wirklichkeit Hans Horst Prinz von Ysenburg heiße. Nur dürfe er diesen Namen nicht öffentlich führen, weil er Vertreter der bayerischen Regierung sei, und für diese geheime Aufträge zu erledigen habe. In der Regel trug er, um seine Rolle glaubhaft zu machen, die Uniform eines bayerischen Oberleutnants. Von Nürnberg aus bestellte der „Prinz“ eines Tages durch den Fernsprecher bei einem hiesigen Hotel mehrere Zimmer für sich und auch Unterkunft für seine Begleitung. Dann mietete er ein Auto mit zwei Chauffeuren, die aus der Kasse der bayerischen Regierung in Berlin Zahlung erhalten sollten. Der vornehme Gast wurde auf das Beste aufgenommen und verpflegt. Auch seine Chauffeure wurden gut untergebracht. Schließlich schickte der „Prinz“, der auch hier infognito auftrat, sie mit ihrem Wagen nach Nürnberg zurück, nachdem er sie mit Schecks auf die Münchener Rittmeisterbank entlohnt hatte. Bevor der Nürnberger Autobesitzer ins Bett gehen konnte, sah die mangelnde Bedienung war, nahm der „Prinz“ von einem hiesigen Garagenbesitzer unter den gleichen Vorbedingungen ein Auto mit zwei Chauffeuren und fuhr nach Hamburg, wo er sich ebenfalls in einem Hotel ersten Ranges durch den Fernsprecher angemeldet hatte. In dem hiesigen Hotel wurde er die große Zehnhundert zu bezahlen. Auch die Hotelangestellten, die der geheimen „Durchlaucht“ oder „Hoheit“ gern ausgeholfen hatten, waren um ihr Geld betrogen. In Hamburg wiederholte sich das Spiel, und der „Prinz“ war nun verschwunden. Unterdessen wurde festgestellt, daß derselbe Mann einmal unter dem Namen Horneemann bei der Deutschösterreichischen Freiheitspartei in der Dessauer Straße tätig gewesen war und dort wohl Einblick in die Organisationsverhältnisse hatte. Er war dann bei der Partei in Neubrandenburg aufgetaucht und hatte versucht, dort unterzukommen. Hier sollten oder seine Angaben erst nachgeprüft werden. Das wartete er nicht ab und verschwand. Jetzt endlich wurde der „Prinz“ ganz mittellos und heruntergekommen in Koburg aufgegriffen und festgenommen. Er ist in Wirklichkeit ein 24 Jahre alter, aus Kassel gebürtiger, früherer Kaufmann Alexander Rogge, der als Darlehensschwindler in Berlin und anderen Großstädten schon bestraft ist.

## Die Finanzlage der Arbeiterversicherung.

Bei manchen Deuten ist es fast zu einem Sport geworden, alle möglichen Behörden und Verwaltungen als „Versorgungsanstalten für Beamte und Angestellte“ zu beschimpfen. Gegen diesen Unfug wendet sich eine Mitteilung, die mir vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin erhalten. Er sagt:

„Angriffe auf die Arbeiterversicherung sind heute an der Tagesordnung, insbesondere hört man allenthalben die Meinung aussprechen, daß die Versicherungseinrichtungen für die Versicherten nichts Kennenwertes mehr leisten, sondern nur dazu dienen, eine große Anzahl Beamte und Angestellte zu unterhalten. — Die dem unflinigen Gerede gegenüber mag festgesetzt werden, daß der in Gold aufgestellte Voranschlag der Landesversicherungsanstalt Berlin für das Jahr 1924 für die gesamten personellen Kosten einschließlich Pensionen und Bartegelder nur fünf Prozent der Einnahmen vorliegt.“

Rechnisch dürften die Dinge bei vielen anderen Verwaltungen liegen. Aber alle Feststellungen solcher Art werden gewisse Leute nicht hindern, ihr Geschrei über die „Versorgungsanstalten“ fortzusetzen, wie es A. B. jetzt wieder Ärzte in ihrem Kampf gegen die Krankenkassen tun.

## Tant eines Familienvaters.

Der Kairui eines Familienvaters, den wir in Nr. 382 des „Vorwärts“ veröffentlichten, hat in allen Kreisen der Berliner Parteigenossen offene Ohren und offene Hände gefunden. Das folgende Dankschreiben des Familienvaters, der jetzt wieder aufatmen kann, richtet sich an alle gütigen Spender.

## Lebensmittelpreise in Berlin am 20. Dezember

In Goldmark	
Rindfleisch	0,90—1,00
Kalbfleisch	1,20—1,40
Hammelfleisch	1,20—1,40
Schweinefleisch	1,20—1,60
Lebende Schlei	1,50—1,90
Hoche	1,40—1,75
Karpfen	1,40—1,75
Hochts in Eis	1,20—1,40
Barsche in Eis	1,20—1,40
Schellfisch	0,45—0,55
Kabeljau	0,65—0,80
Grüne Heringe	0,50—0,70
Margarin	0,65—0,95
Butter	2,20—2,60
Schmalz	0,85—0,90
Talg	—
Ei	0,20—0,25
Weißbrot	—
Weizenbrot	—
Kartoffeln (10 Pfd.)	0,25

Obwohl ich ohne Fälschung meine Verhältnisse als Beispiel anführen konnte, hatte ich in diesen Zeilen wirklich nicht nur an mich gedacht, sondern in meinen Schlussätzen betonte ich das. Die Redaktion hat meine Ausführungen doch etwas zu meinen Gunsten redigiert, besonders in den Schlussätzen. Zu meinen Gunsten dadurch, weil auf Grund dieses Artikels mir von vielen Seiten viel Gutes geschrieben ist, so daß ich die Frage stellen muß: Galt das alles mir, es gibt doch so viele, denen es ebenso geht? Dank denen, die mir ein gutes Herz bewiesen, die mir den Glauben an unsere Gemeinshaft wiedergegeben haben. Ich kann jetzt an „frohe Weihnachten“ denken, vor einigen Tagen sah es in mir noch anders aus.“

## Künstliche „Verknappung“.

### Preissteigerungen auf dem Viehmarkt.

Auf dem gestrigen Viehmarkt war eine sehr deutliche Offenheit des Viehgroßhandels gegen die in letzter Zeit eingetretene Senkung der Fleischpreise zu spüren. Auf dem vorletzten Markt fielen die Preise bekanntlich sehr erheblich, da Hamburg, das sonst stets die höchsten Preise zahlt, große Mengen von Schweinen und Rindern nicht abgenommen hatte. Diese Tiere wurden schleunigst nach Berlin geschafft, verstärkten den Auftrieb hier sehr wesentlich und führten die Preissteigerung herbei.

Auf dem gestrigen Viehmarkt versuchte man nun durch ein Mittel, das die Behörden noch weiter beschlagnahmt, eine künstliche Hausse zu erzeugen. Man habe nämlich die Preisfestsetzungskommission mitgeteilt, daß etwa 7000 Schweine auf den Markt kommen würden, eine Menge, die durchaus genügt, um den Bedarf der Bevölkerung, der vor den Feiertagen natürlich größer ist als sonst, zu decken. Aus diesem Grunde wollte auch die Kommission den freien Markt zulassen, d. h., die Preise sollten sich entsprechend der Beschaffung von Angebot und Nachfrage selbst regulieren. In Wirklichkeit waren auf dem gestrigen Viehmarkt nur 5500 Schweine angekommen und der Viehhandel hatte auch durch einen äußerst geringen Auftrieb von Rindern und Schafen, die nur einen Bruchteil der sonstigen Anlieferungen betragen, eine „künstliche Verknappung“ erzeugt. Man wollte, nachdem der freie Markt gesichert war, durch „geeignete Preise“ die Scharte ausweichen, die die Viehhändler und Großhändler am Sonnabend voriger Woche dadurch erlitten hatten, daß der Markt ausnahmsweise normal beschickt worden war. Nach Feststellung von maßgebender Seite ist jedoch erwiesen, daß der gestrige Auftrieb von gewissen Kreisen künstlich niedriger gehalten worden ist und daß der Viehhandel von den reichlichen Verkaufsangeboten auf dem Lande keinen Gebrauch gemacht hat, um, wie gesagt, die ihm unangenehm niedrigen Preise zu vermeiden zu können. Es wird jetzt festgestellt werden, wie es möglich gewesen ist, daß der Leitung des Viehhofes Auftriebzahlen genannt worden sind, die in Wirklichkeit noch nicht einmal auf dem Papier standen. Wegen einer Anzahl Kommissäre, die trotz alledem zu höheren Preisen zu verkaufen suchten, als von der Polizei genehmigt war, ist bereits das Strafverfahren anhängig gemacht worden, und wie wir erfahren, wird in nächster Zeit mit den schärfsten Mitteln durchgegriffen, wenn die Bestrebungen, die Fleischpreise künstlich in die Höhe zu schrauben, fortgesetzt werden sollten.

Die Viehpolizei verhandelt heute mit dem Kartoffelgroßhandel, um eine weitere Senkung der Verdienstsäume für den Viehhandel herbeizuführen.

## „Mütterliche Hilfe“.

Die Roten, Reich, Staaten und Gemeinden, selber in Rot, haben nicht die Kraft, wirksam zu helfen. Unmittelbare Hilfe von Mensch zu Mensch ist jetzt Pflicht jedes Volksgenossen, der noch zu helfen vermag. Die Rotgemeinschaft der Frauen will Mittelpunkt und Grundpfeiler für das allgemeine Hilfswort sein. Aber bei starkem Willen zu helfen, kann auch der einzelne ein Mittelglied für die Hilfsbereiten werden und die sich darbietenden Kräfte zusammenschließen. Ein Beispiel ist die „Mütterliche Hilfe“, die von Gräfin Tiele-Windler vor einigen Wochen geschaffen wurde. Hungrigen Kindern ein sättigendes Mittagmahl zu reichen, ist der Zweck dieses Werkes. Eine erste Küche ist in Moabit am Hofmeister Ufer (in den Räumen des früheren „Café Gärtner“) eingerichtet worden. Hier wird seit acht Tagen eine Kinderküche bewirtschaftet, die jetzt bereits auf täglich 700 angelegten ist. Das Essen ist nahrhaft; z. B. zu einem Linsengericht werden pro Kopf 100 Gramm Linsen, 50 Gramm Fleisch und reichlich Fett genommen. Eine eigentliche Organisation steht nicht hinter der „Mütterlichen Hilfe“, aber die Organisation ist mit großer Tapferkeit betrieben worden. Die junge Gräfin Tiele-Windler sorgt nicht nur für die Aufbringung der sehr beträchtlichen Geldmittel, aus eigenem hergehend und überrollt nach anderen Gebetredigen suchend. Sie leitet auch unterstützt von ehrenamtlich tätigen Frauen, den mit einer erheblichen Zahl Angestellter arbeitenden Betrieb der Küche und des Speiseraumes. Daß die Schöpferin dieses Werkes auch selber Hand anzulegen versteht, sieht man im Speiseraum. Sie besetzt sich daran im Geiste „mütterlicher Hilfe“, die an den Tischen stehende Kinderküche zu bedienen. Geplant ist, weitere Küchen dieser Art zu schaffen, zunächst in einem der nördlichen Stadtteile Berlins.

Ein verhängnisvolles Versehen. Am Montagmittag 12 Uhr hat eine Fahrkartenverkäuferin auf dem Untergrundbahnhof Alexanderplatz auf einen Zehnbillionenschein u. a. statt eines Reisescheins auf 1 M. einen solchen auf 50 M. mit herausgegeben. Da die Fahrkartenverkäuferin, Fräulein Erna Müller, Lindenerstr. 133, l. Aufg. 3 Tr., erspürlich ist, bittet sie dringend um Rückgabe des zuviel gezahlten Betrages.

Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold. Freitag, den 21. d. M., 8 Uhr abends „Moroske“, Nobann-Georg-Strasse, Ecke Aurländerdamm (Ringschloßhof Colosseum): Unter Abend unter Mitwirkung von Max Ding (Herr, Kuberlin, Koberger), Zoll, Barbach: Politisches Cabarett. Alle Republikaner sind willkommen!

Das Bezirksjugendamt Wedding veranstaltet am Freitag, den 21. d. M., nach 2 Uhr, im großen Saal der Verlags- und Buchdruckerei, Seestraße (Gendarmenbrücke der Straßenbahnlinie 19), eine Weihnachtsfeier für un- und bemittelte Kinder. Die dazu erforderlichen Mittel sind aus freiwilligen Spenden abgefordert worden.

Weihnachtskonzert des Sinfonie-Orchesters der Schutzpolizei. Am Donnerstag, den 20. Dezember, findet im Mährischen-Saal, Rigolstr. 76, das zweite Weihnachtskonzert des Sinfonie-Orchesters der Schutzpolizei unter Leitung von Kapellmeister Hans 77, Uhr. Der Reinertrag ist für die Wohlfahrtsvereine in der Schutzpolizei bestimmt. Es wird durchweg kollektive Rufe von Mozart, Weber u. a. geboten.

## Eisenbahnunglück in Dortmund.

In der Gronaustroße in Dortmund überfuhr ein rangierender Güterzug einen Fußgänger und fuhr über die Straße hinweg in eine Seilwasserbude. Dabei wurde von dem Zugpersonal ein Beamter getötet; ein anderer wird noch vermisst. Die Lokomotive rutschte den 4 Meter hohen Dammbau hinunter und blieb auf der Straße mit einigen Beschädigungen stehen. Die nachfolgenden 15 Waggons des Güterzuges schoben sich über die Lokomotive und stürzten sich übereinander. Vom Lokomotivpersonal kam ein französischer Maschinist zu Tode, während ein weiterer Querschwunden erlitt. Das deutsche Begleitpersonal des Zuges kam ohne Schaden davon, da die Leute rechtzeitig absprangen.

Die Opfer des Erdbebens in Columbien. Nach einer Meldung aus Bogota beträgt die Zahl der im Verlaufe des letzten Erdbebens in Columbien und einem Teil Ecuador's umgekomenen Personen 400. Auch die Sachschäden sind beträchtlich. Der Präsident der Vereinigten Staaten Columbien, General Pedraza de Pina hat der heimgesuchten Bevölkerung einen Kredit von 10 000 Dollar zur Verfügung gestellt. Der Gouverneur von Tulcan wurde auf der Flucht vor dem Erdbeben schwer verletzt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Der Wiederaufbau der Gewerkschaften.

Die Feinde der Gewerkschaften haben zu früh jubelt. Aus dem zeitweilig notwendigen Abbau des Verwaltungsapparates der Zentralverbände und der örtlichen Verwaltungen, der äußersten Einschränkung und teilweisen Einstellung des Erscheinens der Gewerkschaftspressen, zogen sie Schlussfolgerungen auf die Verfallung der Gewerkschaften überhaupt, wobei der übliche Wunsch der Vater ihrer Kombinationen war. Die Gewerkschaften befinden sich tatsächlich, insbesondere im letzten halben Jahre, in einer überaus ungünstigen Lage, jedoch lediglich in finanzieller Hinsicht und das auch nur infolge der Inflation, wirtschaftlicher und sprunghafter Geldentwertung. Die Beiträge der Mitglieder, die durchweg mindestens einen Stundenlohn in der Woche, bei den Buchdruckern und einigen anderen Verbänden sogar darüber hinausgehen, kamen schon entwertet in die Hände der Einkassierer und waren nahezu wertlos, bis sie in die Hauptkassen der Organisationen gelangten. Allerdings geht auch die Wirtschaftskrise nicht spurlos an den Gewerkschaften vorüber. Abgesehen von den unermesslichen Papierkosten, die so wichtig sind, ausgerechnet legt wieder die Beiträge zu „sparen“, können die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder und selbst viele Kurzarbeiter nicht die Beiträge in der Höhe leisten wie die Vollarbeiter. Einige Verbände sind dadurch recht stark beeinträchtigt. Aber auch in der Vorkriegszeit hatten die Gewerkschaften nicht gar zu selten unter Wirtschaftskrisen zu leiden und zudem beträchtliche Aufwendungen zur Unterstützung der erwerbslosen Mitglieder zu leisten gehabt, ohne daß es ihnen jemals so sehr „an die Kassen“ gegangen wäre wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Es aber erst einmal die Grundursache der Finanznotlage der Gewerkschaften behoben, dann sollen auch alle Einschränkungen wieder fort, die sie sich selbst auferlegt haben. Das ist eine Frage der allerersten Zeit, und zwar die Frage, ob die seit einem Monat eingetretene Verfallung der Geldkraft in unserem Geldwesen erhalten bleibt. So sehr dies auch zu hoffen und zu wünschen ist, ist es immerhin noch nicht ganz zweifelsfrei. Dennoch atmen jetzt auch die Verwaltungen der Gewerkschaften wieder etwas auf, und bei ihrem unermesslichen Optimismus, der sie aus kleinsten Anfängen hochgebracht hat, und sie auch in den schwierigsten Situationen aufrecht erhielt, gehen sie bereits an den Wiederaufbau heran. Sinnbildlich ist für diesen Optimismus, gepaart mit der gehörigen Besonnenheit, die Ueberwindung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Engelauer in sein eigenes neuerbautes Bureauhaus an der Inselbrücke. Und zwar um so mehr, als die Ausführung dieses Projekts unter weitaus günstigeren Umständen begonnen, aber trotz der denkbar widrigsten Verhältnisse beendet wurde. Aber auch im Innern der Zentralverbände regt es sich wieder. Der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, z. B. stellt den Wiederaufbau der Organisation in Aussicht.

Es gilt nunmehr wieder jähre gleichzeitige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Wesentlich wie in der Vorkriegszeit müssen wir wieder ringen und kämpfen um einen zur Existenz hinreichenden Lohn und gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Den Unternehmern kommen bei ihrem Verhalten die Wirtschaftskrisen und die ungeheure Arbeitslosigkeit zu Lasten. Die Würdigung dieser Tatsache erfordert strenge Gewerkschaftsdisziplin, soll nicht die anfängliche Gesundheit des Verbandes wieder zerstört werden. Die Zahlstellenleistungen sind in erster Linie mit der verantwortlichen Träger unserer Taktik, sie müssen weiter bilden als die Mitgliedschaft, und es ist ein Stück Aufbauarbeit, auch die Mitglieder an Gewerkschaftsdisziplin zu gewöhnen.

Um unseren Aufgaben gerecht werden zu können, ist erforderlich, neben der finanziellen Stärkung des Verbandes, der Ausbau der Organisation. Mit Hilfe eines zuverlässigen Vertrauenskörpers muß wieder einleiten. Wenn die Lohnverträge späterhin wieder auf längere Frist abgeschlossen werden, kann dieser Tätigkeit, bescheiden der Schulung der Mitglieder wieder mehr Zeit gewidmet werden. Ist unterdessen die finanzielle Gesundung fortgeschritten, so wird das Organisationsruderwerk wieder wie früher ineinandergreifen. Hauptvorstand und Gewerkschaften mit ihren Spezialfunktionen werden wieder in gewohnter Weise tätig sein, immer geleitet von dem Bestreben, dem Besten der Gesamtmitgliedschaft zu dienen.

In gleicher Weise sind sämtliche Zentralverbände bemüht, aus dem Zustand, in den sie durch die Ungunst unserer Finanzverhältnisse geraten waren, wieder herauszukommen. Gerade jetzt, im Zeichen des Abbaus der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebiete und des Wiederaufbaus des Herrntums in der Wirtschaft sind die Gewerkschaften notwendiger denn je. Haben sie nur erst in ihrem Finanzwesen wieder die nötige Selbstständigkeit, werden sie mehr noch als bisher in den Gang der Dinge eingreifen und ihre volle Tätigkeit wieder entfalten können.

Auch die örtlichen Verwaltungen, die nun endlich aus der ständigen Lohnbewegung, den unausgesehen Verhandlungen herauskommen, gewinnen wieder Zeit, um sich auch auf ihren übrigen Tätigkeitsgebieten umzutun. Agitation und Aufklärungsarbeit müssen neben der Abwehr gegen Lohnabbau und Abbau des Achtungstages wieder zur Geltung kommen.

„Auf die Arbeit!“ ruft der „Proletarier“. Dieser Ruf zum Wiederaufbau gilt für alle Gewerkschaftsmitglieder, als Signal zur Neubebung.

### Die Löhne in den Darwegeschäften.

Nachdem die Arbeitgeber den Lohnabbau rein diktatorisch vorgenommen hatten und die Löhne von 38 Billionen auf 25 herabsetzten, befohle sich der Schlichtungsausschuß am Montag mit dieser Angelegenheit und fällte folgenden einstimmigen Schlichtungsbescheid: Die Löhne der 40. und 50. Lohnwoche betragen in Gruppe I 30 M., Gruppe II 27 M., Gruppe III 27 M., Gruppe IV 25 M., Gruppe V 25 M., Gruppe VI 21 M., Gruppe VII 18 M., Gruppe VIII 15 M.

Die Arbeitgeber lehnten diesen Schlichtungsbescheid ab. Eine Vollversammlung der Arbeitnehmer am selben Abend war empört über das Verhalten der Arbeitgeber, die in privater Besprechung durchblicken ließen, daß man über die Höhe der Löhne sprechen könnte, wenn die Arbeitszeit verlängert würde. Nach längeren hitzigen Debatten wurde der Schlichtungsbescheid einstimmig angenommen und es der Verbandsleitung überlassen, weitere Schritte zu unternehmen.

Recherchen älterer Firmen sind die einseitig von Arbeitgeberseite festgesetzten Löhne selbst zu beschämend, weshalb sie Löhne zahlen, die zum Teil weit über den Schlichtungsbescheid hinausgehen. Zentralverband der Fleischer.

### An die freigewerkschaftlichen Angestelltenräte!

Um Unklarheiten zu vermeiden, machen wir darauf aufmerksam, daß auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 („Reichsgesetzblatt“ Nr. 111, 1923, Seite 1043) die beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, bei dem Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie oder bei sonstigen geschäftlichen Schlichtungsausschüssen anhängig gemachten Verfahren binnen einer Ausschlußfrist von 14 Tagen vom 1. Januar 1924 als neue Verfahren bei den zuständigen Kaufmanns- und Gewerbegerichten anhängig zu machen sind, soweit es sich um Streitigkeiten handelt aus:

- § 82 bis 90 des Betriebsrätegesetzes,
- § 8, 18, 19 der Verordnung betreffend eine vorläufige Bandarbeitsordnung vom 24. Januar 1919 („Reichsgesetzblatt“ S. 111),
- § 99 des Reichsversicherungsrechts in der Fassung vom 30. Juni 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 523),
- § 39 Absatz 2, § 41, § 44 Absatz 1, § 56 Absatz 2 in Verbindung mit § 39, 41, § 60 in Verbindung mit § 39 des Betriebsrätegesetzes,
- § 43 Absatz 2, § 44 Absatz 4 Satz 2, § 52 Absatz 1, 2, 53 in Verbindung mit § 52, § 56 Absatz 2 in Verbindung mit § 43, § 60 in Verbindung mit § 43,
- § 80 Absatz 2,
- § 93, 97, 98 des Betriebsrätegesetzes.

Soweit bei einer Anfrage bei der bisherigen Beschwerdebearbeitungsstelle nicht festgestellt werden kann, daß Aussicht dafür vorhanden ist, die einzuleitenden Verfahren spätestens bis etwa zum 27. Dezember 1923 zur Erledigung zu bringen, müssen die entsprechenden Anträge von allen Stellen, Körperschaften und Personlichkeiten, die diese bisher ausgesetzt haben, sofort neu gestellt und vom 2. Januar 1924 datiert an diesem Tage bei den zuständigen Kaufmanns- bzw. Gewerbegerichten eingereicht werden.

Bessere gelten gemäß Artikel II § 2 Absatz 1 der Verordnung vom 30. Oktober 1923 („Reichsgesetzblatt“ S. 1044) bis zur Erledigung allgemeiner Arbeitsgerichte als vorläufige Arbeitsgerichte, in denen auf Arbeitnehmerseite nur Handlungsgesellen und Handlungslehrlinge beteiligt sind, das Gewerbegericht in den übrigen Fällen. Wegen einer besseren Klärung bzw. Auslegung der Zuständigkeitsverhältnisse sind wir inzwischen bei den behördlichen Stellen vorstellig geworden.

Zurzeit müssen, um die Fristen zu wahren, die oben bezeichneten bis zum 31. Dezember 1923 noch bestehenden zuständigen Schlichtungsausschüsse angerufen werden. Empfohlen dürfte es sich, bei neuen Verfahren, die Anträge gleich doppelt zu fertigen, damit sie ab 2. Januar 1924 ebenfalls beim Kaufmanns- bzw. Gewerbegericht eingereicht werden können. Um eine genaue Entzifferung zu ermöglichen, ist es erforderlich, daß der genaue Beruf des Beschwerdeführers in den Anträgen angegeben wird.

In Zweifelsfällen müssen sich die Angestelltenräte bei den zuständigen Rechtsauskunftsstellen der örtlichen Verwaltungen der K. u. M. Gewerkschaften oder im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale erkundigen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Ein Schlichtungsbescheid für die Angestellten der Berliner Metallindustrie wurde gestern im Reichsarbeitsministerium gefällt. Der Spruch sieht eine Regelung nach Goldmarkgehältern vor. Die Auszahlung soll in Rentenmark erfolgen. Sofern eine Wertüberschreibung der Rentenmark zur Goldmark von mindestens 5 Proz. eintritt, können die Gehaltsätze beiderseits fristlos gekündigt werden. Die Arbeitgeber haben die Anerkennung des Schlichtungsbescheides abgelehnt. Die Angestelltenverbände haben den Spruch angenommen und die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Von der Abstimmung über die Arbeitszeit im Ruhrgebiet teilte die I. L. aus der „Frankfurter Zeitung“ über die Abstimmung der freigewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter im Bezirk Gelsenkirchen folgendes Teilergebnis mit: 11411 Abstimmende haben sich für die Beibehaltung der Achtstundentags erklärt, während nur 32 sich mit dem Berliner Abkommen einverstanden erklärten. Es steht außer Zweifel, daß die Abstimmenden in den übrigen Zentralpunkten der Schwerindustrie des Ruhrgebietes das ähnliche Ergebnis haben werden wie in Gelsenkirchen. Bemerkenswert ist, daß die Hirsch-Dunkerken und christlich organisierten Metallarbeiter sich an dieser Abstimmung nicht oder nur in ganz vereinzelten Fällen beteiligt haben.

Für die Privat-Elektřizitätswerke Berlins kamen und kommen folgende Lohnsätze zur Auszahlung, da eine Einigung bisher noch nicht erfolgt ist: am 20. November, 6. 18. und 20. Dezember: Gruppe I bis 80, 20, 28, 26, 22 und 18 Millionen. Mit Rücksicht auf die zwei Feiertage am 27. Dezember in den sechs Gruppen: 28, 26, 5, 24, 21, 5, 16, 5 Millionen.

Für die kaufmännischen Angestellten in der Lederwirtschaft. Für die Hautschuh- und Lederwarenindustrie sind die Lederwarenherstellern ist eine neue Gruppierung geschaffen worden. Es erhalten die Angestellten der Gruppe I 80-100 M., Gruppe II 100 bis 150 M., Gruppe III 125-187,50 M., Gruppe IV 180-235 M. Weibliche Angestellte erhalten 10 Proz. weniger. Diese Sätze gelten vom 1. November 1923 bis 31. Januar 1924. Für den Großhandel und für die Treibriemenfabrikation bleibt die Gruppierung bestehen. Es erhalten die Angestellten der Gruppe I 80-120 M., Gruppe II 115-175 M., Gruppe III 150-235 M. Tarifverträge sind in dem Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten erhältlich.

# Wirtschaft

## Der „valorisierte“ Pfennig.

Ein Leser schreibt uns: Wenn unsere Renten, besonders die D-Banken, auch zu den Werberdienern unserer Zeit gehören, so haben sie doch das Wort „Der den Pfennig nicht ehlt...“ keineswegs vergessen. Das war folgendermaßen illustriert: Während des katastrophalen Marksturzes dieses Jahres habe ich mein Scheckkonto bei einer hiesigen Filiale der Diskontogesellschaft ab, damit der darauf stehende Betrag nicht völlig entwertet. Dabei muß ich wohl verberichtlich mein Konto um eine Kleinigkeit überzogen haben, denn jetzt bekomme ich folgenden Brief:

Berlin, den 14. Dezember 1923.  
Bei Durchsicht unserer Bücher haben wir festgestellt, daß ihr Konto seit dem Oktober einen Überfall von 1 129 500 M. aufweist. In Anbetracht, daß Sie in letzter Zeit keine Umsätze mit uns getätigt haben, erlauben wir Sie, uns den Gegenwert valorisiert in Höhe von 1.— Rentenmark zuzugl. Zinsen, Provision und Spesen etc. 2.50 Insgesamt 3.00 Rentenmark bis zum 10. cr. zum Ausleich ihres Kontos einzuenden.“

Am Tage des höchsten Marksturzes im ganzen Oktober (dem 1.) waren die von mir gekauften 1 129 500 M. etwa 2 (zwei) Goldpfennige, bald darauf nur noch ein Viertel eines Pfennigs. Die Bank „valorisiert“ diesen Betrag läßt auf 100 (hundert) Goldpfennige, schlägt dann noch munter das 2/3-loche an Zinsen (Z. Spesen, Provision (!) und „etc.“ drauf (was „etc.“ ist, soll ich mir offenbar selber ausdenken, sobald ich den Zinssatz berechnen werde, der in zwei Monaten aus 2 Pf. 3.50 M. macht) und gelangt so dazu, mir für das rein verberichtlich einsehende Rinne! den zwei Pfennigen — dreieinhalb Goldmark! anzukrediten. Zwei Fragen: Wenn dies kein Wucher ist, was ist dann Wucher? Und dann: Wenn ich im Oktober mein damaliges weit höheres Guthaben hätte stehen lassen und jetzt eine ähnlich „valorisierte“ Rückzahlung zum zweihundertfachen Goldbetrag verlangte, — was würde die Diskontogesellschaft wohl dazu sagen?!

Die Finanzierung der Lieferungen für die Reichsbahn. Die zwischen dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsverbande der Deutschen Industrie letzthin geführten Verhandlungen über die Frage, wie in der nächsten Zeit die notwendigen Geldmittel für erfolgreiche Industrielieferungen und -Leistungen bereit gestellt werden können, haben nunmehr zu einem Abbruch geführt. Jeder Industriefirma, die Lieferungen und Leistungen für die Reichsbahn auszuführen hat, steht es frei, einen durch die getroffenen Abmachungen geschlossenen Wechselkreditweg zu beibringen, um in Höhe der ihr von der Reichsbahn zuzubehaltenden Zahlungen zu erhalten. Zur Bearbeitung dieser Angelegenheit ist von den beteiligten Industrietreibern in Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium im Gebäude des Eisenbahnerpalastes in Berlin die „Eisenbahnlieferanten G. m. b. H.“ errichtet worden.

Die künftige Betriebsform der Staatlichen Porzellan-Manufaktur. Eine Berliner Korrespondenz berichtet kürzlich über die Mitteilung, daß die Staatliche Porzellan-Manufaktur in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und in den Rosenthal-Konzern überführt werden solle. Diese Mitteilung entspricht, wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, nicht den Tatsachen. Im Preussischen Landtage ist wiederholt der Wunsch geäußert worden, auch die Staatliche Porzellan-Manufaktur von den bürokratischen Fesseln zu befreien und ihr im Interesse einer größeren Ertragsfähigkeit eine freiere Betriebsform zu geben. Der Minister für Handel und Gewerbe hat daher in Aussicht genommen, die Staatliche Porzellan-Manufaktur in ähnlicher Weise, wie es schon bei den Staatlichen Bergwerken, Hütten und Salinen geschah, in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. An dem bewährten künstlerischen Charakter des Instituts soll hierbei nichts geändert werden. Die Beteiligung von Privatkapital an der Aktiengesellschaft oder ihre Ueberführung in den Rosenthal-Konzern ist in keinem Stadium der Vorarbeiten für die Umstellung ins Auge gefaßt worden.

Dreisherdenbelegung für Ruhrkohle. Vermittlich lassen die Kohlenpreise des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks wegen der besonderen Produktionsverhältnisse dieses Gebietes erheblich über den Kohlenpreisen des unbedlegten Deutschlands. Wie aus Erfen gemeldet wird, ist es nunmehr möglich, einen Abbau der westfälischen Kohlenpreise vorzunehmen und sie damit den Kohlenpreisen des unbedlegten Gebietes anzunähern.

## Filmschau.

„Reinher der Liebe“. Die Wiener kommen und mit einem Film aus dem Bergmannleben, der im Rahmen der üblichen Gesellschaftskritik, ein Verweber mit neuen Rollenleider ausbreiten, er muß eine Stauwasser bauen lassen, damit das Bergwerk nicht durch unterirdische Erdbeben zerstört wird. Als er selbst einmal einhakt, kommt er bei einem Wasserbruch schwer zu Schaden. Im Verstoßplatz wird er von einer Wasserkeule „aus gutem Doute“ geland gepöbelt und steht bald zwischen der ideal veranlagten Schwester und einer kalten, sehr schönen geistlichen Frau. Als er mit der Schwester im Bergwerk ist, bringt die eifersüchtige Schwester ertrinken und das Paar wird getrennt. Der Film verläuft rechtlos. Die Frau des Bergmannslebens ist nur ausnahmsweise für eine Schauspielerin. Es kommt keinerlei dramatische Wirkung auf, die erfindenden Arbeiter sind bloß Stoffe, Nebencharakteren, die man mit einer Handbewegung abtut. Aber auch in den Hauptdarstellern pulstert kein echtes Leben. Man hat stets den Eindruck geheimer Bilder. Bei den Bergwerksszenen sieht man immer die Röhre und noch dazu eine schlechte Röhre. Die Stellen sind hoch und geräumig, und in leichtestiger Unbestimmtheit wird die Wahrheit einfach auf den Kopf gestellt. Ganz und allein haben sich dort Naturwissenschaften einen harten Sieg. Nun, den Menschen läßt es nicht schwer, mit landwirtschaftlichen Scherben auszuweichen. Trotzdem aber ist diese Kostprobe Wiener Humors nicht verwerflich. a. b.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Viktor Götter; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Neuheiten: Dr. John Schlimm; Soziale und Sonstiges: Rich. Karllast; Anzeigen: Ch. Glaser; Ähnlich in Berlin; Verlag: Bornemann-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Bornemann-Verlag; Vertrieb: Bornemann-Verlag, Berlin; Einzelverkauf: Bornemann-Verlag, Berlin; Einzelverkauf: Bornemann-Verlag, Berlin.

Wir kaufen jeden Posten ausgekämmte  
**Frauenhaare**  
einwandfreie Ware zum höchsten Tagespreis.  
Haarverwertung A.-G., Belle-Alliance-Pl. 12/1.

**Marken-Zigaretten**  
Sämtliche bekannten Marken  
zu billigsten Tagespreisen!  
Herschdörfer, Rosenthaler Straße 50.

Mantelfabrik A. Kuschel  
Beltschneider Straße 13, L.

**TRAURINGE**  
in jed. Größe Qualität stets  
vorrrät, nur bill. Preisberechn.  
M. Dinse, Juwelier  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahnhof Lichtenb.-Friedrichsh.

**Steydecken!**  
Gedreht, gewaschen, perleweilt!  
Bernhard Strohmandel,  
Wallstr. 72, Süd-Spittelmarkt  
(Ecke Spandauer Platz, Pl. 2)  
Einkaufspreis, werb. aufgeb.

**Wohnungstausch**  
in u. nach Berlin  
sowie von Berlin  
nach auswärts  
am schnellsten durch eine Anzeige im  
**Groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte  
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden  
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht  
Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der  
**Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**  
Bei allen Zeitungsänderungen und Kiosken zu haben.  
Verlag und Hauptanzenahme:  
**Zeltungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft**  
Jerusalemstr. 5/b - Fernsprecher: Dönhof 3310-3312

Flanשמantel von ... 8.- M. an  
Fantasiekleid von ... 18.- M. an  
Wundervolle Mantel,  
in 4 Farben vorrrätig, von 15.- M. an  
Gabardinekleider, von 28.- M. an

**E. BERNSTEIN**  
**Der Sozialismus einft und jetzt**  
Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel:  
„Der Gildensozialismus“ und  
„Das Bleibende im Marxismus“  
Brosch. Goldm. 2.-, geb. Goldm. 3.20  
J. S. W. Dieß Hfslg. G. m. b. H. / SW 68, Lindenstr. 2  
**Zu Spottpreisen**  
(Anzahlung gestattet)  
Herren-Unter, moderne Façon, Prima Stoff  
Sonntag, den 23., geöffnet.